

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 37 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telephon? Amt IV, 2120

Berlin, den 15. September 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Streitnotizen. — Die Macht der Unternehmer und die Macht der Arbeiter. II. (Schluß). — Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. — Zahlen, die wir uns merken wollen. — Die internationale Gewerkschaftskonferenz. — Aus unserem Beruf. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bekanntmachung der Tarifüberwachungskommission. — Bücherchau. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Abrechnung der Buchbinder-Stranitentasse.

Für die Woche vom 17. bis 23. September ist der 38. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandstasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Bei der Firma Georg Weigert, Album-, Mappen- und Leinwandfabrik, Drannenstraße 25, sind die Mitglieder des Buchbinderverbandes und des Sattler- und Portefeuilleverbandes in den Streik getreten, weil sich die Firma Weigert, den Tarifvertrag für die Album-, Mappen- und Galanteriewarenindustrie unterschrieben anzuerkennen.

Magdeburg. Die Treibriemenfabrik der Firma Koeber in Budau ist gesperrt.

Metallarbeiteransperrung. In einer ganzen Reihe von Städten sind unsere Kollegen mit den Metallarbeitern ausgesperrt worden. Arbeitsangebote solcher gemischten Betriebe sind strengstens abzulehnen und der Zugang fernzuhalten.

Ausland.

Prag und Stauding sind zu meiden.

Kanton Zürich für alle Sattler gesperrt.

Ungarn. Die Portefeuille in Budapest befinden sich in einer Tarifbewegung, weshalb jeder Kollege gewarnt wird, nach dort Engagements anzunehmen.

Die Macht der Unternehmer und die Macht der Arbeiter.

II. (Schluß.)

Die Macht des Unternehmertums ist groß und es hat manchmal den Anschein, als ob sie unüberwindlich wäre. Aber die Macht der Arbeiterklasse ist noch viel, viel größer und sie wird über jene den Sieg davontragen. Diese Siegesgewissheit des Proletariats ist der Stachel, der die proletarischen Scharen, allen Niederlagen und Verlusten zum Trotz, immer von neuem wieder in den Kampf um ein menschenwürdiges Dasein hineintreibt. Allerdings mußte die Macht der Arbeiter erst entdeckt und den Massen gezeigt werden, heute ist es die Aufgabe, sie

zu stärken, zu entwickeln und auf einen Punkt zu richten. Dazu gibt uns der moderne Rechtsboden die Möglichkeit, weil das moderne Recht uns den Weg zur Macht öffnet. In dieser Beziehung sind wir den Proletariern früherer Zeiten weit überlegen. Keine kannten nur die Gewalt als Kampfmittel und in diesem Kampf zogen sie den kürzeren, weil ihre Feinde noch mächtiger und gewalttätiger waren und in ihren rücksichtslosen Unterdrückungsmaßnahmen weder Mann noch Weib noch Kind schonten. Darum sind so viele Menschenleben geopfert, darum ist so viel Blut vergossen worden, ohne daß es doch jemals gelungen wäre, das Sklavenjoch abzuwerfen und die Freiheit zu erringen. Heute kämpfen wir unter dem Banner des Rechts und der Auffregung der Unterschichten ist unverkennbar. Wir haben das Koalitionsrecht, das uns die Macht verleiht, die Massen zusammenzuballen und zur Durchsetzung wirtschaftlicher, politischer und geistiger Zwecke zu vereinigen, wir haben das Wahlrecht, das uns die Möglichkeit gibt, in den Parlamenten der Staaten und Gemeinden maßgebenden Einfluß zu gewinnen, wir haben das Versammlungsrecht, das uns Gelegenheit bietet, die Unterdrückten um uns zu scharen und ihnen das Evangelium des Sozialismus zu verkünden, wir haben das Recht der freien Meinungsäußerung, das uns ermöglicht, durch Zeitungen, Zeitschriften und Flugblätter die proletarischen Gedanken in die Masse zu schleudern, wir haben auch das Recht, Bildungsanstalten zu schaffen und durch sie antikapitalistisch zu wirken. Und von all diesen Rechten macht das Proletariat in reichem Maße Gebrauch; es laßt über die Nadelstiche und Meutenschläge, womit die herrschende Klasse ihm diese Rechte verweigert, wo wir solch scharfe, siegreiche Waffen haben, da wäre es eine wahre Tollheit, wollten wir in die Kistkammer der Vergangenheit zurückgreifen und daraus das scharfste Schwert der rohen Gewalt hervorholen.

Das Proletariat muß sich mit der Waffe des Rechts die wirtschaftliche, politische und geistige Macht erkämpfen, dann wird es in der Lage sein, den Kapitalismus niederzuringeln und sich die ewigen Menschenrechte zu erringen. Wer möchte leugnen, daß diese Methode die richtige ist?

Wenn die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums auf dem Geldsack beruht, so beruht die der Arbeiterklasse auf der Vereinigung. Die Massen müssen ihre materiellen Mittel zusammenlegen, um auf diese Weise ein Gegengewicht zu schaffen gegen das Unternehmertum. Dies geschieht zunächst in den Gewerkschaften, die einen Kampffonds ansammeln, der ihnen in den schweren Zeiten eines Streiks oder einer Absperrung Rückenstärkung bieten soll. Großenweise fließen die Beiträge in die Kasse und zu Millionen von Mark schwellen sie an. Mit Hilfe einer gefüllten Kasse sind die Gewerkschaften imstande, dem vereinigten Kapitalproletariat die Stirn zu bieten, sie können die Angriffe der Ausbeuter abschlagen und selbst zum Angriff übergehen. Selbstverständlich läßt sich die in den Gewerkschaften verkörperte Macht noch sehr vergrößern und ausdehnen. Auch die Konjunktionsgewerkschaften sind geeignet, dem Ausbeutertum die Krallen zu beschneiden und die wirtschaftliche Hebermacht des Kapitals zu brechen. Wenn das Proletariat die Einzelschicksale der Arbeiterfamilien zu einer Massenaufrüstung zusammenfaßt, wenn es den Konsum in den Dienst der Arbeiterbewegung stellt, wenn es die Güterverteilung regelt und organisiert, so schafft es dadurch eine

Macht, die bereits heute anfängt, dem Kapital unheimlich zu werden. Und wenn die Konjunktionsgewerkschaften zur Eigenproduktion übergehen und überall dort, wo die Vorbedingungen dazu vorhanden sind, ihren Bedarf in eigenen Betrieben herstellen, so wird dies ebenfalls eine große Machtverfärbung zur Folge haben. Noch verschiedene Zweige des Wirtschaftslebens harren der Inanspruchnahme durch die proletarische Organisation; z. B. das weite Gebiet der Volksversicherung und es läßt sich heute noch gar nicht absehen, was alles die Selbsthilfe der Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem Gebiete leisten kann. Vor allen Dingen ist es notwendig, daß der Glaube an die wirtschaftliche Ohnmacht des Proletariats aus den Köpfen der Arbeiter herausgefegt wird; es ist ja ein Irrtum zu glauben, der besitzlose Proletarier, der nichts habe als seine Arbeitskraft, sei wirtschaftlich ohnmächtig, die Erfahrung hat diese einstmal viel gehörte Theorie widerlegt und sie wird noch tagtäglich widerlegt durch die von den klugen, bewußten Arbeitern geschaffenen großwirtschaftlichen Unternehmungen, die mit Millionen und Abermillionen rechnen.

Auf politischem Gebiete ist die Macht des Unternehmertums heute allerdings noch sehr groß, aber der politische Einfluß der Arbeiterklasse ist beständig im Wachsen. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Staat und Gemeinde wird immer stärker gefordert und die maßgebenden Kreise werden trotz ihres zähen Widerstandes gezwungen, nach und nach auf einen immer größeren Teil ihrer Alleinherrschaft im öffentlichen Leben zu verzichten. Die Entwicklung zur Demokratie macht sich überall deutlich bemerkbar und die Arbeiterklasse ist schon zu einem Faktor geworden, mit dem die Regierungen rechnen müssen. Die innere Politik, zumal die Sozialpolitik, dreht sich im wesentlichen um die Arbeiter, deren Einfluß auf die Gesetzgebung zunimmt. Dieser Einfluß könnte natürlich noch viel größer sein und das Proletariat wäre schon heute in der Lage, die Gesetzgebung in seinem Sinne zu gestalten, wenn es von seinem Wahlrechte besser Gebrauch machte, als es tatsächlich der Fall ist. Aber wir beobachten auch hier eine Wendung zum Besseren. Nicht minder läßt sich feststellen, daß auch die Behörden auf die organisierten Arbeitermassen Rücksicht nehmen müssen, indem sie eine offene, klare Rechtsbeugung nach Möglichkeit vermeiden. Wohl sind die Klagen über Parteilichkeit der Behörden und die Klassenjustiz der Gerichte noch immer berechtigt, aber man schaut doch schon vor auffälligen Verletzungen der Arbeiterrechte zurück. Der moderne Staat würde ja sich selbst den Boden unter den Füßen wegziehen, wollte er den Grundfaß der Gleichberechtigung aller Staatsbürger allzu großlich verletzen. In dieser Beziehung hat die politische Macht der Arbeiterklasse schon erzieherisch auf die Organe des Staates und der Gemeinden gewirkt und diese Wirkung kann noch gesteigert werden durch eine intensivere Beteiligung der Massen am politischen Leben und durch eine sachgemäße, zielbewusste Arbeiterpolitik.

Was endlich das geistige Gebiet anbetrifft, so tun sich hier zahlreiche Möglichkeiten auf, die Macht des Proletariats zu stärken. Tatsächlich leisten ja heute schon die Arbeiterorganisationen eine umfangreiche Aufklärungsarbeit. Man hat erkannt, daß die soziale Frage nicht nur eine Massenfrage und eine Frage der Politik ist, sondern daß sie sich zu einer Bildungs- und Erziehungsfrage entwickelt hat.

Welchen Einfluß hat allein die Arbeiterpreise schon heute auf die proletarischen Massen aus und wie könnte dieser Einfluß noch gesteigert werden? Und dann das Fortbewegen und die verstandesmäßigen anderen Veranlassungen, die darauf abzielen, Wissen und Bildung ins Volk zu tragen. Und die Jugendorganisationen, die den Zweck verfolgen, die heranwachsende Generation von den verblöbenden Einflüssen der Staatsregierung frei zu machen und mit sozialistischem Bewußtsein zu erfüllen. Allerdings darf sich die proletarische Bildungsarbeit nicht auf die Revolutionierung der Köpfe beschränken, sondern sie muß auch Erziehungsarbeit leisten. Der Charakter des modernen Proletariats muß gebildet, das Solidaritätsgefühl muß gepflegt, der Wille muß geschärft werden. Das proletarische Rechtsbewußtsein muß sich mit einem starken Pflichtbewußtsein verbinden. Ganz besonders ist es nötig, daß diese Bildungs- und Erziehungsarbeit auch an denjenigen Arbeiterschichten verrichtet wird, die heute noch der Arbeiterbewegung gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen. Diese Schichten, die die Schutztruppen des Kapitals bilden und das ausbeuterische Kapital gegen die eigenen Klassenossen verteidigen, müssen für uns gewonnen werden. Das Unternehmertum, das sich gerade auf diese Massen stützt, muß isoliert werden, dann wird es einen großen Teil seiner Macht verlieren.

So sehen wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, wie die Macht der Arbeiter langsam, aber sicher im Steigen begriffen ist. Das Ausbeutertum fühlt instinktiv das Wahrenücken der proletarischen Massen und deshalb wehrt es sich mit dem Wute der Verzweiflung. Die Rücksichtslosigkeit und Brutalität, mit der es gegen die Arbeiterorganisationen vorgeht, beweist seine Angst und seine Hoffnungslosigkeit. Aber das Proletariat marschiert unentwegt vorwärts; es faßt seine Wuchtmittel zusammen und schmeißt sie zu einem Hammer, mit dem es dem Drachen des Kapitalismus den Kopf zerhacken wird.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Meferat des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt auf dem Gewerkschaftsfongress in Dresden.

1.

Die soziale Gesetzgebung steht in einem engen Zusammenhang mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Der moderne Industrialismus, der einen Zusammenstoß von tausenden Arbeitern in einem Betrieb geschaffen hat, der immer neue technische Hilfsmittel verwendet und neue Gefahren für die Arbeiter schafft, er muß den Schutz gegen diese Gefahren übernehmen. Der moderne Kapitalismus hat die Klaffencheidung zwischen Kapital und Arbeit geschaffen, er hat die mächtigen großen Gebilde der Unternehmer erzeugt, er schuf die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital, das Gesetz der Unterordnung der wirtschaftlich Schwachen unter die Vormachtigkeit der Unternehmer; der moderne Kapitalismus erzeugt aber auch den Widerstand der Arbeiter gegen die übermäßige Unterdrückung, den Zusammenstoß der Arbeiter in der Organisation der Arbeiter, in der Gewerkschaft. Unsere freien Gewerkschaften haben auch die uns nahestehenden ähnlichen Gebilde beeinflußt; es kann gar kein Zweifel bestehen, daß auch die Hirsch-Dunderbergschen Organisationen durch die freien Gewerkschaften genötigt wurden, ihren Standpunkt der Selbsthilfe aufzugeben und auch sozialpolitischen Forderungen nachzugeben, und wer könnte daran zweifeln, daß sie auch die Organisationsgebilde der Privatangestellten, die sich mit Berufs- und Fachbildung beschäftigen und zu reinen Gesellschaftsvereinen herabzusenken, aus ihrer Trägheit aufgestört und dahin gebracht haben, sozialpolitische Forderungen aufzustellen; ebenso können die christlichen Gewerkschaften nicht achtlos an der sozialpolitischen Entwicklung vorbeigehen. Worin sich diese Organisationen bei der Stellung von Forderungen unterscheiden, das liegt in dem, was sie fordern, die Art und Weise, in der es gefordert wird und der Nachdruck, mit welchem auf die Gesetzgebung eingewirkt wird, klar und präzis die sozialpolitischen Aufgaben zu formulieren. Die Technik ist die Ursache der Entwicklung, wie sie in der Berufstatistik sich darstellt, die Technik hat die Gebilde der wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen. Wie man das vorige Jahrhundert das des Dampfes nannte, so kann man vom dem gegenwärtigen oder kommenden sagen, es ist das Jahrhundert der Elektrizität. Große gewaltige Umwälzungen werden sich in den nächsten Jahrzehnten im wirtschaftlichen Leben abspielen, die ihre Spuren schon zeigen. An Stelle des Dampfes tritt die Turbine, die die Wasserkraft auszunutzt, nicht mehr ist der nationale Reichtum die Kohle, sondern vor allem besteht er in der Ausnutzung der Naturkräfte, vornehmlich des Wassers. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß eine Verchie-

bung in dem Verhältnis der Industriestaaten eintritt, und daß diejenigen einen Vorsprung gewinnen, die große Wasserkräfte zur Verfügung haben. Die Naturkräfte werden in ihrer einfachen Form wieder mehr in den Dienst der Arbeit gestellt werden. Nicht nur das Wasser, wie es von den Bergen herunterströmt, sondern wahrscheinlich wird in der Zukunft auch die große Meeresbewegung von Ebbe und Flut nutzbar gemacht werden, und vielleicht wird es auch möglich sein, den Wind in den Dienst des elektrischen Motors zu spannen. Welches Bild entrollt sich da für die Entwicklung der Industrie. Es ist keine Frage, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo der Hochosen durch den elektrischen Flammenbogen gespeist wird. Wer wollte bezweifeln, daß das möglich ist! Was Jola so schön, ich möchte sagen so phantastisch schildert, wie der alte Hochofen abgelöst wird durch den elektrischen, wie die Walzwerke geführt und geleitet werden durch elektrische Kraft, wie die Arbeit nicht mehr von Ruß und Qualm und Hitze beschwert ist, das wird Wirklichkeit werden, die Arbeit wird dann nicht als schwere Last, sondern als eine Erleichterung erscheinen. Und weiter greift die technische Entwicklung in das Gebiet des Verkehrswezens. Die Anwendung der Elektrizität als Kraftquelle für die Eisenbahnen wäre heute schon in größerem Umfange durchgeführt, wenn nicht die Fachmänner des Militarismus aus strategischen Bedenken Einspruch erhoben hätten. Aber auch dieser Nachdruck der Technik wird nicht aufgehalten werden. Und die Revolution geht weiter, sie verschont nicht Küche und Haus. Die zukünftige Gesellschaft — und sie ist nicht so fern — wird in Küche und Haus die Elektrizität als Wärmeleiter und im Feuerherd anwenden. Weiter ist die Technik bemüht, für die Landwirtschaft den Stickstoff aus der Luft nutzbar zu machen. Wieder ist hier die Elektrizität die Hilfsquelle, sie fñhrt die gewaltigen Stickstoffmassen aus der Luft dem Erdboden zu, dessen Ertragsfähigkeit dadurch außerordentlich gesteigert wird. Und sind nicht schon Chemiker bemüht, aus der Aetere uns ein Präparat zur Verfügung zu stellen, das die notwendigen Nahrungsmittel für den Aufbau des menschlichen Organismus enthält, so daß wir in Zukunft die Landwirtschaft nicht mehr so bedürfen wie heute.

Sie sagen vielleicht, das sind phantastische Perspektiven. Aber wenn Sie einen Mühlblid werfen auf das, was vor einigen Jahren Bellamy als zukünftige technische Vollkommenheit schilderte, wird Ihnen das nicht so phantastisch erscheinen. Lesen Sie heute Bellamy noch einmal, so werden Sie sagen, er braucht nicht bis zum Jahre 2000 zu warten, um das erfüllt zu sehen, was der Menschheit an technischen Hilfsmitteln, wie er glaubte, nutzbar gemacht und in den Dienst der Arbeit gestellt werden würde.

In dieser Entwicklung taucht nun aber die Frage auf, welche Stellung nimmt die Arbeit in der Zukunft ein? Wir in der Gewerkschaftsbewegung sind diejenigen, die vor allen Dingen die Rechte verteidigen und vertreten wollen, die der Arbeit in dieser gewaltigen technischen Entwicklung gebühren. Wir müssen dafür sorgen, daß nicht etwa die Arbeit bei dieser technischen Entwicklung herabsinkt, daß diese Entwicklung nur im Interesse der Großindustrie, der kapitalistischen Unternehmungen vor sich geht, sondern daß auch die Arbeit zu ihrem Rechte kommt, daß sie eine Erleichterung findet auf allen Gebieten, sowohl auf dem der Hygiene wie auf dem der Leistung des einzelnen, daß das, was wir an Vollkommenheit der technischen Hilfsmittel erlangen, auch im Dienst der Arbeit vermerkt wird, daß auch ihr ein Anteil an all diesen Erfolgen zuteil wird. Mit dieser technischen Entwicklung ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bereits den Weg gegangen, den sie auch in Zukunft weiter verfolgen wird. Die Tendenz unserer Entwicklung geht darauf hinaus, immer mehr das Kapital in den Händen weniger zu konzentrieren, immer mehr den Großbetrieb als die leistungsfähige überlegene Organisation der Industrie erscheinen zu lassen. Wenn Zweifel aufsteigen sind, ob diese Tendenz sich auch weiter bemerkbar machen wird, so hat die letzte Berufszählung uns den sicheren Beweis gegeben, daß unsere Betrachtung zutreffend ist. Zwar meinten einige, den Nachweis führen zu können, daß aus den Ergebnissen der Berufstatistik nicht eine solche Entwicklung zum Großbetrieb sich zeige. Ich vermag dem nicht zuzustimmen. Vergleichen wir die beiden Berufszählungen von 1895 und 1907! So hatten wir 1895 an Kleinbetrieben 1 237 349; diese Zahl ist gesunken im Jahre 1907 auf 994 743. Etwas anders gestaltet sich die Entwicklung der Betriebe mit 1-5 Personen. Ihre Zahl ist gesunken von 752 223 auf 875 518, also um 16 Proz. An diesem Punkt haben unsere Kritiker in letzter Zeit wiederholt angefaßt und gesagt, daß die Mittelbetriebe oder richtiger noch die Kleinbetriebe zugenommen und nicht abgenommen haben. Aber im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung haben sie abgenommen, denn diese beträgt in dem gleichen Zeitraum 19,2

Prozent. Mehr zugenommen haben die Betriebe mit 5 bis 50 Personen, nämlich von 139 459 auf 187 674, d. h. um 34 Proz. Das ist allerdings eine Zunahme über den Durchschnitt der Bevölkerungszunahme, aber doch eine Verlangsamung im Tempo, im Vergleich zu dem Zeitraum von 1882-1895, wo in diesen Betrieben eine Zunahme von 64 Proz. zu verzeichnen war. Nun, aber die Großbetriebe. Die Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern sind gesunken von 17 941 auf 29 033, d. h. um 61 Proz. Die größte Zunahme zeigt sich also prozentual in der Großindustrie. Noch interessanter wird die Gegenüberstellung, wenn wir uns prozentual auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter vergegenwärtigen. Es ergibt sich da, daß von 100 in den gewerblichen Betrieben Beschäftigten im Jahre 1882 in den Betrieben bis zu 50 Arbeitern, also in den Mittel- und Kleinbetrieben, 73,8 beschäftigt waren, daß diese Zahl 1895 auf 63,7 herabging und 1907 auf 54,5 gesunken ist. In der Zahl der beschäftigten Arbeiter sehen wir also einen riesigen Aufstieg der großindustriellen Entwicklung, von 26,2 im Jahre 1882 ist die Zahl der darin Beschäftigten auf 45,5 Proz. gestiegen, also nahezu die Hälfte aller Arbeiter sind heute in Großbetrieben beschäftigt. Bemerkenswert ist eine ganz eigenartige Entwicklung in einzelnen Industriearten. Es zeigt sich da ein vollständiger Rückgang. Das tritt besonders in der Textil- und Bekleidungsindustrie hervor. Die Textilindustrie hat in dem Zeitraum von 1895 bis 1907 87 399 Betriebe verloren, die Bekleidungsindustrie 70 024 Betriebe. Dabei ist überaus, wie sich in diesen Industrien die Ausnutzung der Arbeitskräfte bemerkbar macht. In beiden Industrien hat die Zahl der männlichen Erwerbstätigen auch absolut abgenommen, zugenommen dagegen hat die Zahl der weiblichen Arbeiter. Ebenso hat die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte im Handelsgewerbe, im Schankwirtschaftsgewerbe, in der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie zugenommen. Das ist eine wichtige Erscheinung vom Standpunkt des Sozialpolitikers. Wer erinnert sich dabei nicht des Ausspruchs: Die Frau gehört ins Haus! der uns von hoher Stelle entgegengeschleudert wurde. Wird sie nicht von Etappe zu Etappe mehr aus dem Hause gerissen und in die industriellen Unternehmungen hineingeworfen!

Lassen Sie mich einen Blick auf die Stellung der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft werfen! Ich war sehr überrascht, welche Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft und welche Zunahme derselben in der Landwirtschaft die Betriebszählung feststellt hat. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist vom Jahre 1895 bis 1907 von 38 Proz. auf 90 Proz. gestiegen. Diese große Zunahme gibt dem Sozialpolitiker außerordentlich zu denken. Diese Zunahme der billigen weiblichen Arbeitskraft geschah in einer Periode, wo die Landwirtschaft nicht sagen kann, daß sie in einer außerordentlich bedrängten Lage gewesen ist, in einer Periode, wo der erneute hohe Kollaps in seiner Wirkung einsetzte, wo unsere gesamten Bedarfsartikel aus der Landwirtschaft im Preise erheblich gesunken sind, wo das landwirtschaftliche Besitztum an Wert zugenommen hat. Trotzdem hat die Landwirtschaft versucht, billigere Arbeitskräfte, Frauen und Kinder, in den Dienst der Arbeit zu spannen. Die Männer werden hinausgetrieben in die Fabriken, wo sie als Wanderarbeiter erscheinen, die Frauen bleiben juristisch als Ausbeutungsobjekt der Gutsherrn, der Großgrundbesitzer. Billig, billig muß die Arbeit sein, wenn sie ausländische Arbeit ist, das ist die Tendenz unserer heutigen Landwirtschaft. Und noch eins lehrt die Erscheinung, nämlich, daß keine Besserstellung der Arbeiter, keine Erhöhung der Löhne möglich ist ohne die gewerkschaftliche Organisation. Die Landwirtschaft entbehrt des organisierten Widerstandes der Arbeiter, und deshalb das immer größere Herabsinken und das Zurückgreifen auf Arbeitskräfte, die nicht mehr in die Industrie hineingelangen können, weil sie an die Scholle gebunden sind. Wie töricht ist es doch zu glauben, daß die Sozialpolitik ein Geschenk des Wohlwollens der Unternehmer sei, sie wird nur erzwungen und abgetrotzt von den Arbeitern, die sich in ihren Organisationen zusammengetan haben, freiwillig wird nichts gewährt und gegeben, ohne Organisation kein sozialpolitischer Fortschritt.

Reißlos vorwärts mußt du streben,
Wie ermutigt stille stehn,
Wißt du die Bollendung sehn;
Ruht ins Breite dich entsafeln,
Soll sich dir die Welt gestalten,
In die Tiefe mußt du steigen,
Soll sich dir das Wesen zeigen,
Nur Beharrung führt zum Ziel,
Nur die Fülle führt zur Klarheit,
Und im Abgrund wohnt die Wahrheit.

Schiller.

Zahlen, die wir uns merken wollen!

Eine interessante Uebersicht, wie sehr das deutsche Volk durch Steuern belastet wird, aus welchen Hauptkategorien das Deutsche Reich und die deutschen Bundesstaaten ihre Einnahmen beziehen und wieviel von diesen Steuern auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, bietet die Monatszeitschrift „Verwaltung und Statistik“ in ihrem Augustheft 1911. Zugrunde gelegt sind diesen Berechnungen die Etatsvoranschläge für 1910.

Es ergeben sich danach folgende Einnahmen in Millionen Mark:

Table with 4 columns: aus, im Reich, in den Bundesstaaten, zusammen. Rows include Erwerbseinkünfte, Steuern und Zölle, Gebühren und Sporteln, Vergütungen aus der Reichskasse, Sonstige Einnahmen, Ueberschüssen von früherer Ueberweisungen aus der Reichskasse, Außerordentl. Einnahmen, and Zusammen.

Diesen Einnahmen standen Ausgaben im Gesamtbetrage von 8900,8 Millionen Mark gegenüber, und zwar im Reich von 3031,6 und in den Bundesstaaten von 5869,2 Millionen Mark; u. a. betragen die Ausgaben in Millionen Mark:

Table with 4 columns: für, im Reich, in den Bundesstaaten, zusammen. Rows include Erwerbseinkünfte, Schuldzinsen, Ueberweisungen an die Bundesstaaten für die Verwaltung.

Wie sich daraus wiederum ergibt, beruht der Haushalt des Deutschen Reiches zum größten Teil auf den Einkünften aus den Zöllen und aus den Verbrauchsteuern (Bier, Branntwein, Tabak, Zucker, Salz, Schaumwein, Leuchtmittel usw.), das heißt, es sind die ärmeren Volksschichten, die die für die Erhaltung des Deutschen Reiches nötigen Geldmittel aufbringen müssen. Von den sämtlichen Steuer- und Zolleinnahmen des Reiches entfielen 760,5 Millionen Mark, das sind 46,4 Proz., allein auf die Zölle und 642 Millionen Mark, das sind 39,2 Proz., auf die Aufwandssteuern. Die Verkehrssteuern machten 12,4 Prozent und die Erbschaftsteuer nur 2,1 Proz. aus.

Die Steuererträge der Bundesstaaten richteten dagegen zu rund 75 Proz. aus direkten Steuern, davon fast drei Viertel aus der allgemeinen Einkommensbesteuerung, her; zu je 11 Proz. aus Aufwands- und Verkehrssteuern und zu 3 Proz. aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Berechnet man, wieviel von Steuern auf den einzelnen Kopf der Bevölkerung entfällt (Frauen und Kinder eingeschlossen), so ergibt sich, daß im Durchschnitt jeder 27 Mk. an Reichssteuern und 16 Mk. an Landessteuern zu zahlen hat. Der erstere Betrag setzt sich zusammen aus 23,12 Mk. an Zöllen und Aufwandssteuern, 3,35 Mk. Verkehrssteuern und 0,56 Mk. Erbschaftsteuer; der letztere aus 12 Mk. direkter Steuern, 1,78 Mk. Aufwandssteuern, 1,74 Mk. Verkehrssteuern und 0,5 Erbschaftsteuer.

Allein an Reichs- und Landessteuern hat also der einzelne jährlich 43 Mk. zu zahlen, eine Familie von 5 Köpfen also 215 Mk. Dazu kommen dann noch die Kommunalabgaben, Kirchensteuern usw. Ferner aber sind in dieser Summe noch nicht die Ueberweisungen der Lebensmittel durch die deutsche Zollpolitik enthalten; denn durch den Zoll wird nicht nur der Teil der zollpflichtigen Waren versteuert, der aus dem Ausland in das deutsche Zollgebiet eingeführt wird, sondern zugleich jener Teil dieser Waren, der in Deutschland selbst erzeugt wird.

Auf den Lebens- und Genussmitteln lagern folgende Steuern und Zölle:

Table with 3 columns: Menge, Steuer/Zoll, Preis. Rows include Kilogramm Roggenbrot, Weizenbrot, Mehl, Graupen, Grieß, Fleisch, Speck, Schmalz, Butter, Margarine, Käse, Eier (20-25 Stück), Erbsen, Linien, Zucker, Kaffee (roh), Tee, Kakao, Schokolade, Gewürze, Salz.

Table with 3 columns: Menge, Steuer/Zoll, Preis. Rows include 1 Stück Biering, 1 Liter Bier, 1 Liter Branntwein, 1 Liter Petroleum, 1 Zehnfach-Zigarre, 10 Stück Zigaretten zu 1 1/2, 10 " " " 2 1/2.

Man kann also wirklich sagen, daß außer der Luft in Deutschland von Staate nichts unverteuert gelassen worden ist. Die entsetzlichen Gesamtlasten, die das deutsche Volk zu tragen hat, hat man folgendermaßen berechnet:

Für das Reich fallen ab: Höhe auf Nahrungs- und Genussmittel 482 Mill. Mk., Höhe auf Industrieprodukte 285 " " " Indirekte Steuern 1160 " " "

In die Taschen der Agrar- und Industrie-Kapitalisten fließen infolge des Schutzzolls:

Verteuerung der inländ. Lebensmittel 1264 Mill. Mk., Industrie-Produkte 1000 " " " Liebesabgaben 122 " " " Steuern in Bundesstaaten u. Gemeinden 1717 " " " Kirchensteuern 50 " " "

Gesamtbelastung 6089 Mill. Mk.

Auf den Kopf der Bevölkerung beträgt die Last (ohne direkte Einkommensteuer) jährlich 94 Mk., auf den deutschen Durchschnitts-Familienhaushalt von 4,7 Köpfen jährlich 442 Mk. Die Arbeiterfamilien könnten also ohne die Zollwucherpolitik ganz bedeutend mehr kaufen und verbrauchen.

Sie haben es bei den nächsten Wahlen in der Hand, dafür zu sorgen, daß der neue Reichstag nicht noch mehr Steuern und Zölle beschließt!

Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Die siebente internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen trat am 10. August in Budapest zusammen. Anwesend waren 26 Delegierte aus 18 Ländern. Sie repräsentierten über 6 Millionen organisierte Arbeiter. Außerdem waren anwesend drei Vertreter einer nicht angeschlossenen Landeszentrale in Bulgarien und ein Vertreter der nicht angeschlossenen Workers of the World. Der Anschluß der Workers of the World wurde einstimmig abgelehnt.

In Bulgarien bestehen auch zwei Landeszentralen, deren eine bisher nicht zugelassen wurde. Auf Antrag der Delegierten aus Oesterreich, Ungarn, Kroatien, Bosnien und Serbien wurde beschlossen, bis zur nächsten internationalen Konferenz beide bulgarische Landeszentralen nicht zuzulassen und ihnen auszugeben, sich zu einigen.

Zu Frage der internationalen Unterstützungsaktionen lag nachstehender Antrag der Landeszentrale Schweiz vor, der für die internationalen Hilfsaktionen einheitliche Normen schaffen will:

- a) Das Internationale Sekretariat hat sich an internationalen Hilfsaktionen nur dann zu beteiligen, wenn gleichzeitig mehrere Verzuhs- und Industriebünde eines Landes darauf in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind, daß die zu deren Durchführung erforderlichen Mittel im eigenen Lande oder von den internationalen Branchenorganisationen, denen die beteiligten Verbände angehören, nicht aufgebracht werden können.
b) Die Einleitung einer internationalen Hilfsaktion hat ferner nur dann zu erfolgen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:
1. Von der Landeszentrale, der die zu unterstützenden Organisationen angehören, ist ein begründetes Gesuch an das Internationale Gewerkschaftssekretariat einzureichen. Die Begründung soll enthalten: Einen summarischen Bericht über Ursachen und bisherigen Verlauf des fraglichen Konfliktes, ferner eine Uebersicht über die Organisationsstärke und die finanzielle Leistungsfähigkeit der hilfesuchenden Organisationen.
2. Die zu unterstützenden Organisationen müssen Mitglieder einer dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat angeschlossenen Landeszentrale sein, insofern nicht besondere politische Verhältnisse dies unmöglich machen.
3. Die zu unterstützenden Organisationen müssen ihrer internationalen Branchenorganisation angeschlossen sein und sich in erster Linie an die im finanziellen Bestand wenden.
4. Ferner wird die Unterstützungsaktion nur für solche Organisationen weitergeführt, die das Internationale Sekretariat durch regelmäßige Berichterstattung über den Verlauf der Kämpfe unterrichten und sich zur Veröffentlichung der Abrechnung über die Kosten des Kampfes verpflichten.

c) Sind die in Abschnitt b) bezeichneten Bedingungen erfüllt, so hat das Internationale Gewerkschaftssekretariat die Hilfsaktion einzuleiten. Das an die Landeszentralen gerichtete Unterstützungs-gesuch soll enthalten: Eine kurze Begründung, ein Gutachten des Internationalen Sekretariats und, soweit dies möglich erscheint, bestimmte Vorschläge über die Art und Weise, wie die Unterstützung am zweckmäßigsten erfolgen könnte.

d) Das Internationale Sekretariat hat ferner dafür zu sorgen, daß bei länger andauernden Kämpfen die an der Hilfsaktion sich beteiligenden Landeszentralen von Zeit zu Zeit über die Lage unterrichtet werden, daß in allen Fällen baldmöglichst nach Abschluß des Kampfes den betreffenden Landeszentralen Bericht und Abrechnung über den Kampf erstattet werden.

Zu diesem Antrage waren einige Abänderungsanträge gestellt. Die Vertreter aller Länder erklärten sich für eine Regelung der gegenseitigen materiellen Hilfe; Legten hob hervor, daß der Antrag eigentlich nur die schon bestehenden Verhältnisse historisch festlegen will. Als einzige sind gegen eine solche Regelung die Franzosen. Nachdem Absatz 3, der die Landesorganisationen, falls sie Unterstützung beanspruchen, in ihren Organisationsverhältnissen etwas bindet, gestrichen worden war, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Aus unserem Beruf.

Die Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Sattler- und Portefeullerverbandes im August 1911. Nach den Nachweisungen für das Reichsstatistische Amt zählte unser Verband am 26. August 12396 männliche und 1157 weibliche Mitglieder in 112 Verwaltungsstellen. An diesem Tage wurden 319 männliche und 30 weibliche als arbeitslos am Orte und 33 auf der Reise festgestellt. Leider haben folgende 28 Verwaltungsstellen mit 859 Mitgliedern die Berichtsfarben nicht eingefandt: Danzig, Rathenow, Stargard, Breslau, Glogau, Hannover, Königshütte, Kosen, Bremen, Delmenhorst, Garburg, Krefen, Bonn, Dortmund, Gelsenkirchen, Hameln, Apolda, Dessau, Halle, Plauen, Weidau, Erlangen, Hof, Rügenheim, Al. Anheim, Mühlheim a. M., Scklingen, Gießbrunn.

Wir machen dringend darauf aufmerksam, daß am kommenden Stichtag (30. September) alle Verwaltungsstellen die Zahlung vorzunehmen und sofort die Berichtsfarben einzusenden haben.

Die Konkurrenz der Gefängnisarbeit war schon wiederholt Gegenstand der Verhandlungen in den einzelnen Parlamenten, Handwerkerkammerberatungen und nicht zuletzt in den Arbeiterorganisationen. All-überall wurde auf die schädlichen Wirkungen der Gefängnisarbeit hingewiesen, ohne sonderliche Erfolge zu erzielen oder gar Unternehmer, die im Gefängnis arbeiten lassen, zu beeinflussen, von ihrem industrieschädlichen Treiben abzulassen. Im Gegenteil. Es gibt Unternehmer, die berechtigte Wünsche ihrer freien Arbeiter nicht nur brüsk zurückweisen, sondern ihnen ein Karos bieten, indem sie sich mit Gefängnis- und Zuchthausverwaltungen in Verbindung setzen, um durch Gefangene ihre Produkte herstellen zu lassen. Zu diesen Firmen zählt auch die Treibriemenfabrik des Herrn Hoeber in Wudau bei Magdeburg. Vor sechs Jahren verlief eine von den bei dieser Firma beschäftigten Arbeitern eingeleitete Lohnbewegung erfolglos, weil es dem Herrn Hoeber gelungen war, eine Anzahl Arbeitswillige heranzuziehen. Auf die Dauer ließ sich indes mit dem verdienten Lohne nicht auskommen. Das empfanden auch die Kollegen, die bei dem Kampfe der Firma beigezungen waren, und sie organisierten sich. Eine Lohnbewegung, die später eingeleitet wurde, verlief erfolgreich; sie brachte den Arbeitern eine beträchtliche Erhöhung des Lohnes. Von dieser Stunde an hat sich der junge Herr Hoeber den Kopf zerbrochen, wie er die Erfolge der Arbeiter zu seinen Gunsten wieder ausgleichen könne. Den ersten Versuch machte er mit der Einführung von inzwischen erfundenen Treibriemenmaschinen. Diese schienen jedoch keine Erwartungen nicht zu erfüllen. Was aber die Technik noch nicht zu leisten vermag, das soll ihm die Gefängnisarbeit bringen.

Nach den von den Arbeitern gemachten Feststellungen werden zurzeit im Gefängnis zu Treibriemen 17 Gefangene mit der Herstellung von Treibriemen beschäftigt und sollen noch weitere 27 in Aussicht genommen sein. Die Arbeiter konnten dies feststellen, trotzdem sich der Meister Hoeber, der bei dem Streik schon eine Rolle gespielt hat, die erdentlichste Mühe gab, die Materialien wegzuschaffen, ohne daß die Arbeiter dahinterkämen. Nun hat die Firma freie Hand. Am 2. September 1911 wurde bereits 5 Sattlern gekündigt. Als Grund gab Herr Hoeber an, daß die Nähmaschinen, von denen erst in den letzten 14 Tagen zwei aufgestellt, die Arbeit besorgen. Es ist natürlich „purer Zufall“, daß Herr Hoeber

zwei Kollegen mit herausgeriffen hat, die seinerzeit in der Lohnkommission waren. Der Anfang ist aber gemacht. Die freien Arbeiter werden bei beginnendem Winter und angesichts der ungeheuren Teuerung entlassen und an ihrer Stelle Gefangene beschäftigt. Daß die Arbeiter sich solche Maßnahmen nicht ohne weiteres gefallen lassen, verheißt sich von selbst. In Betriebsbesprechungen haben sie bereits eingehende Maßnahmen beschlossen, die sie zur Anwendung bringen werden, wenn die Firma nicht in Güte einlenkt.

Auch unter den Treibriemenfabrikanten herrscht eine arge Mißstimmung wegen der niedrigen Angebote, die die Firma Hoeber ihren Kunden macht, wodurch sie zu einer unangenehmen Konkurrenz in der Geschäftsbremse wird. Herr Hoeber ist Mitglied des Vereins der Treibriemenfabrikanten und hat damit die von diesem Vereine festgesetzten Verkaufspreise anerkannt. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß dieser Verein Einkündigungen einziehen wird, und sollen seine Feststellungen bezüglich der Gefängnisarbeit Gegenstand einer anfangs Oktober stattfindenden Ausschußsitzung sein.

Der Vorsitzende des Vereins der Treibriemenfabrikanten, Herr A. Frommeyer-Hannover, mißbilligt die Handlungsweise der Firma Hoeber aus schärfster und will, wenn seine persönlichen Unterhandlungen mit der Firma H. wegen der Gefängnisarbeit resultatlos verlaufen, namens seiner Organisation den Anhangemweg in Anspruch nehmen.

In der Zeitschrift „Die Lederindustrie“ vom 20. Juli d. J. finden wir eine Zuschrift eines Treibriemenfabrikanten, die wir vollständig zum Abdruck bringen.

Gefängnisarbeit.

Es wird uns geschrieben:

„Wie ich aus bestimmter Quelle in Erfahrung bringe, läßt eine Treibriemenfabrik im Gefängnis (zu Magdeburg, D. M.) Treibriemen herstellen, d. h. sie läßt Treibriemen leimen und nähen, ebensfalls Näh- und Binderriemen schneiden. Schon seit längerer Zeit hätte man über die billigen Preise, die die Fabrik ihrer Kundschaft stellt, und lassen sich ja nun diese billigen Preise erklären, denn man muß annehmen, daß die Gefängnisverwaltung zu billigeren Löhnen die Riemen leimen und nähen läßt, als der noch mehrere Jahre bestehende Lohnstarif zwischen den einzelnen Fabriken am Platze mit den Sattlern lautet.“

Nach bitte um Auskunft:

1. Wie sich eine einzelne Riemenfabrik gegen eine derartige Konkurrenz schützen kann.
2. Ob die Gefängnisverwaltung berechtigt ist, einer einzelnen Riemenfabrik diese Vorteile ohne Ausschreibung zu gewähren, da noch mehrere Riemenfabriken am Platze sind, oder ob die anderen Riemenfabriken am Platze dasselbe Verlangen an die Gefängnisverwaltung stellen können?
3. Wie lauten überhaupt die Bestimmungen über Arbeitgeberung an die Gefängnisverwaltung? Bemerken möchte ich noch, daß etwa feine Leutenot in unserer Branche herrscht.“

Wir werden über den Verlauf dieser Angelegenheit, die sich für uns als Einleitung eines Kampfes gegen die Gefängnisarbeit ausspinnen wird, fortlaufend berichten. Bis zur endgültigen Regelung halten wir es für selbstverständlich, daß der Betrieb von Hoeber in Rudau von allen Arbeitern streng gemieden wird.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die im ungarländischen Ledergerbwarenarbeiterverband organisierten Portefeuller in Budapest haben den Unternehmern einen Tarifentwurf, welcher am 1. Oktober d. J. in Kraft treten und bis 30. September 1914 gelten soll, unterbreitet. Gefordert wird die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, Sonnabends die siebenstündige, an den Vorabenden hoher Feiertage Arbeitslohn am Mittag. Im ersten Jahre nach der Lehre soll der Minimallohn 21 Kronen, im zweiten Jahre 25 Kronen und von da ab 29 Kronen, für besser qualifizierte und an Maschinen beschäftigte Arbeiter 35 Kronen, für Stepperinnen 18 Kronen pro Woche betragen. Der den Tariflohn bereits erhält, dem ist eine Zulage von 2 Kronen wöchentlich zu gewähren. Nebenstunden sind mit 30 bzw. 50 Proz. Zuschlag zu vergüten. Sämtliche römisch-katholische Feiertage sind entsprechend des Wochenlohnes zu bezahlen. Wird an Feiertagen gearbeitet, so sind die Arbeitsstunden extra zu bezahlen. Feiertag des 1. Mai und Feiertagsgewährung. Verbot der Heimarbeit. Schlichtungskommission, Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises, Einstellung nur gelernter Arbeiter, die mindestens 6 Monate organisiert sind. — Wir wünschen unseren kämpfenden

den Kollegen einen vollen Erfolg, möchten aber nicht verjäumen, darauf hinzuweisen, daß es uns sehr unangenehm berühren würde, wenn die Klausel, wonach nur solche Arbeiter eingestellt werden dürfen, die bereits 6 Monate dem Verbands angehören, auf Mitglieder unseres Verbandes angewendet werden soll. Diese Bestimmung würde gegen alle internationalen Vereinbarungen verstoßen. Heber den Verlauf der Bewegung werden wir laufend berichten. Der Postkol über die Firma Szabó Jendó ist aufgehoben.

Anstand. Ein erfolgreicher Streik der Militärsattler in Paris. Die Militärsattler der „Société Française“, rue Watteau 14, in Paris, haben nach siebenwöchigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sie einen vollständigen Sieg errungen haben, der nur einer guten Organisation und Solidarität zu verdanken ist. Der Konflikt brach aus, als die Firma ihre Kavallerierreitzüge nach dem alten Tarif bezahlen wollte, da ein Ministererlass sorgfältigere Arbeit zu einer neuen Erdoormananzugabe verlangte, was den Arbeitern einen Lohnausfall von 25 Proz. ausgemacht hätte; da so die Arbeiter ihre Existenz bedroht sahen, traten sie in den Streik. Das Kriegsministerium, das sich ebenfalls der Sache angenommen hatte, entschied sich, trotzdem die Firma solche Angaben machte, zugunsten der Arbeiter, was ihnen den Sieg vollständig sicherte.

Aus Industrie und Handel.

Die erste große Sattler- und Lederwaren-Export-Ausstellung in Hamburg, die mit riesenhafter Reklame angekündigt und am 19. August eröffnet worden ist, hat einen mehr als täglichen Verlauf genommen. Schuld an der geringen Beteiligung ist die ablehnende Stellungnahme fast aller Lederwarenfabrikanten, die eine Verschleppung ihrer Muster befürchten, und die Gegenagitation des Bundes deutscher Sattlervereine. Der Ausstellungserlös wurde von 15 Interessenten gebildet, welche Damen-, Schul- und Meistertischen, Geldbörsen, Gamaschen usw. zur Schau stellten. Die von den Ausstellern erhofften Verkäufe sind ausgeblieben. Herr Erich Stod-Hannover, der Geschäftsführer der „Eule“, wie die Ausstellung kurz benannt wurde, scheint große Hoffnungen im Kopse gehabt zu haben, denn er verfügte über eine Masse Diplome, die er bei der geringen Anzahl von 15 Ausstellern nur mit Mühe und Not an den Mann bringen konnte. 36 Unternehmer wurden mit goldenen, silbernen und bronzenen Medaillen, Diplomen und Anerkennungs schreiben beehrt, darunter die Firma Heinrich Erlich G. m. b. H., Offenbach a. M., mit der großen goldenen Medaille.

Hannover. Die in Konkurs geratene Lederwarenfabrik von Adolf Heingerling ist von den Kaufleuten Sann und Schönwalder käuflich erworben worden.

Korrespondenzen.

Nachen. Sonntag, den 3. September, fand unsere letzte Mitgliederversammlung statt. Wie die vorhergehenden war auch diese gut besucht.

Die Versammlung befaßte sich meist mit geschäftlichen Angelegenheiten und dem inneren Ausbau der Verwaltungskasse. Es wurde hierbei bekanntgegeben, daß eine Mitgliederzahl von 50 erreicht sei und begründete Hoffnung vorhanden ist, auch bald die 60 zu erreichen.

Kollege Schreiber erläuterte den Wert einer gut durchgeführten Statistik. In Nachen sei eine solche sehr angebracht, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen besser erfassen zu können. Einmütig wurde beschlossen, eine solche Statistik ab 1. Oktober aufzunehmen, und bepflichteten sich die Kollegen, dahin zu wirken, daß jeder Kollege seine Karte wahrheitsgemäß ausfüllt.

Unter Verschiedenes wurde eine Notiz des „Zentralverbandes christlicher Lederarbeiter“ in Nr. 204 des Nacher „Vollstreiter“ besprochen.

In dieser Notiz ist mitgeteilt, daß der „christliche“ Verband in letzter Zeit durch eine gut durchgeführte Agitation gute „Fortschritte“ gemacht habe. Zugleich versuchte man unserm Verbands ein auszuweichen und die Kollegen vor ihm graulich zu machen.

Die Agitation und unsere Erfolge, die wir in Nachen in letzter Zeit hatten, scheinen dem „christlichen“ Schreiber schwer im Magen zu liegen. Wir wissen nicht, worin die „Fortschritte“ bestehen, die der „christliche“ Verband erzielt haben will, bei den Sattlern hat er keine Erfolge gehabt. Wir wissen aber, daß das „christliche“ Verbändchen bisher in Nachen geschlafen hat und erst, wie es bei dieser Gesellschaft im allgemeinen üblich, nachdem wir mit der Agitation schon lebhaft eingestiegen hatten, aufgewacht ist und versucht hat zu retten, was noch zu retten war. Aber zu spät. Das bezeugen uns die Versammlungen, die es in letzter Zeit abgehalten

hat. Da helfen auch die aufgebauschten Berichte im „Vollstreiter“ nicht darüber hinweg. Wir wissen nur zu gut, daß sich unter dem Tugend Mitschleiber, die der „christliche“ Lederarbeiterverband in Nachen hat, nur vier Sattler befinden.

Die Sattler haben eben eingesehen, daß sie sich, wenn sie sich organisieren, einer Organisation anschließen müssen, die bisher auch für die Berufs-kollegen etwas geleistet hat. Und das ist allein der Verband der Sattler und Portefeuller.

Es ist uns nicht eingefallen, durch „berühmte“ und verlogene Agitationsweise“, wie der „christliche“ Schreiber so schön sagt, das „christliche“ Verbändchen zu verächtlichen. Achtlos, wie immer, haben wir es beiseite liegen lassen. Kommt es doch für uns Sattler fast nicht in Betracht. Unsere familiären Kollegen werden bestätigen, daß wir bei unserer ganzen Agitation das Verbändchen nicht erwähnt haben. Wir werden es auch in Zukunft so halten und nur, wenn es nottut, wie jetzt hier, wo man anfängt, durch Lügen und Verleumdungen uns Mitglieder abwendig zu machen, werden wir seinen Mackern auf die unfeineren Finger klopfen.

Wir wären keine neutrale Gewerkschaft, sagt der „christliche“ Schmierfink, das beweisen die Artikel, die unser Verbandsorgan bei allen möglichen Gelegenheiten, z. B. beim „Ferkerrummel“, bei katholischen Feiertagen und dergleichen gebracht habe. Diese Reilen beweisen, daß der „Christ“ unser Verbandsorgan bisher nicht gelesen hat. Für seine geistige Gesundheit wäre es jedenfalls kein Fehler gewesen, wenn er unser Verbandsorgan eingehend studiert hätte. Aber so hat er sich diese Lüge glatt aus seinen schmutzigen Fingern gesogen.

Wir wollen auf die Subelei hier nicht weiter eingehen. Eine derart ruppige Kampfmethode sind wir von dieser Seite längst gewöhnt. Was der „Vollstreiter“ über unsere Organisation gebracht hat, ist eine gemeine Verleumdung, und auf den Verfasser trifft das Wort des Zentrumsmannes Sigl über seine eigenen Parteigenossen zu: „Schließen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“ Unsere Kollegen aber werden sich einer Organisation, die mit Lüge und Verleumdung arbeitet, nicht anschließen, sondern der, die stets offen und ehrlich für die Interessen der Kollegen eintritt, ist dem Verband der Sattler und Portefeuller.

Kollegen Nachen! Die beste Antwort auf die „christliche“ Lüge könnt ihr geben, wenn ihr euch nun erst recht fest zusammenschließt und die Organisation ausbaut. Jeder Kollege muß ein Agitator für unseren Verband werden.

Kollegen! Pflegt zugleich das Zusammengehörigkeitsgefühl. Auch auf dem Gebiete der Geselligkeit. Ein schöner Anfang ist bereits gemacht. Nach obengenannter Versammlung fand nachmittags ein Ausflug nach dem herrlichen Wurtscheider Wald statt. Eine stattliche Anzahl Kollegen, darunter mit Familie, hatten sich eingefunden. Nur zu schnell vergingen die Stunden des harmlosen Beisammenseins. Bei anbrechender Dunkelheit ging es heimwärts. Mit dem Bemühen, im Kollegenkreise ein paar angenehme Stunden verleben und sich gegenseitig näher gebracht zu haben, trennten sich die Kollegen. Jeder ging mit der Versicherung, unentwegt für unsere gute Sache zu kämpfen und zu arbeiten. Hier anschließend wollen wir gleich den Nacher Kollegen bekanntgeben, daß am Nachmittag des nächsten Versammlungstages wieder ein Waldausflug stattfindet und bitten wir die Kollegen, sich noch zahlreicher beteiligen zu wollen. Alles Nähere durch Zirkular.

Berlin. Die Militärsattler haben in ihrer Versammlung am 6. September zum Ablauf des Tarifes Stellung genommen, wobei die Mängel des jetzt noch geltenden Tarifes eingehend besprochen wurden. Eine Kommission wurde gewählt, welche die Bestimmungen des Tarifes nachprüfen und die beantragten Verbesserungen berücksichtigen soll. Vor allem soll die Einschränkung der Heimarbeit, die Verschleppung des Verfahrens vor der Schlichtungskommission, Arbeitsvermittlung durch den Verbandsnachweis und die Ausbesserung ungenügend bezahlter Affordartikel, angezweifelt werden. Am 27. September findet eine außerordentliche Branchenversammlung statt, in der die Kommissionsvorschlüsse zur Diskussion gestellt und die Frage endgültig entschieden werden soll, ob der Tarif gekündigt wird. — Die Portefeuller und Reifeartikel-sattler nahmen in ihrer Versammlung bei Braumann ein Referat über: „Soziale Kämpfe“ entgegen. Ferner wurde auf den Streik bei der Firma Weigert aufmerksam gemacht, das Aufnahmegehalt eines Kollegen genehmigt und die schnelle Abrechnung der Sommergebühren erbeten.

Bremen. (S. S. 9.) In der Versammlung am 28. August legte der Vorsitzende Kollege Müller in eingehender Weise dar, daß infolge Mehrausgaben unser Lokalkassenfonds auf die Minimalsumme von 128 M. zusammengeschrumpft ist, und daß es nun

die Aufgabe der heutigen Versammlung sein muß, durch Vornahme einer Statutenänderung wieder auf eine gesunde Basis zu kommen. Trotzdem es zu einer heftigen Auseinandersetzung kam, wurde der Antrag angenommen. Somit war der Lokalbeitrag um 5 Pf. erhöht und der Gesamtbeitrag auf 60 Pf. ab 1. Oktober 1911 festgesetzt. Ferner entspann sich eine rege Debatte über den Paragraph 3, in welchem neue Unterstützungssätze geregelt werden mußten. Der Vorschlag des Vorstandes, eine Minimalsumme von 15 Mk., alljährlich steigend um 5 Mk. bis zum Höchstbetrag von 25 Mk., wurde scharf bekämpft. Der Antrag wurde angenommen, die Unterstützungssumme nach 52 Wochenbeiträgen von 18 Mk. alljährlich um 3 Mk. steigend bis zum Höchstbetrag von 24 Mk. festzusetzen. Nach den neuen Bestimmungen soll die Unterstützung vom ersten Tag an (50 Pf. pro Tag) zur Auszahlung gelangen. Es wurden die niedrigen Unterstützungssätze bemängelt und befürwortet, bessere Leistungen der Kasse zu gewähren. Der Vorsitzende hob hervor, daß uns vor allem daran gelegen sein müßte, die Lokalfälle zu stärken. Erst wenn dies gelungen sei, könne man eine größere Unterstützung in Krankheitsfällen gewähren. Nachdem noch bei verschiedenen Paragraphen eine Aenderung vorgenommen werden mußte, welche nicht von allzu großer Bedeutung war, wurde noch der Paragraph 9 ganz ausgedacht. Beim zweiten Punkt brachte Kollege Müller zum Ausdruck, daß er sein Amt als Vorsitzender nicht mehr weiterführen könnte. Grund ist längere Arbeitslosigkeit. Bedauerlicherweise fand sich kein Kollege, der das Amt annehmen wollte, weswegen die Neuwahl auf die nächste Versammlung verschoben werden mußte.

Gera (Neuß). (S. 6. 9.) Mittwoch, den 30. August, fand unsere auf besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Nach Entgegennahme des Kartellberichts und Erledigung einiger gewerkschaftlichen Angelegenheiten sprach Gauleiter H. Busch-Leipzig über das Thema: „Die Klassenkämpfe der Gegenwart“. Er führte aus: In unserer von schweren wirtschaftlichen Kämpfen bewegten Zeit haben wir es nötig, uns mit den Ursachen dieser Kämpfe zu befassen. Er wies nach, daß der arbeitenden Klasse infolge der hohen Steuern und der steigenden Lebensmittelpreise nichts anderes übrig bleibe, als Lohnforderungen zu stellen. Die Folgen sind oftmals große Streiks, wie in Schweden, der Transportarbeiter- und Eisenbahnerstreik in England. Hätte letzterer länger angehalten, so wäre Deutschland in eine schwere Situation verwickelt worden. Die Unternehmer Deutschlands scheuen sich nicht, ungesetzliche Mittel, wie schwarze Listen, Terrorismus und Auspöhrung der Arbeiter, zur Anwendung zu bringen. Mit Hilfe der Materialsperrung werden die Unternehmer gezwungen, sich der Koalition anzuschließen, oder sich deren Beschlüssen zu unterwerfen. Der Redner ging dann auf die große Auspöhrung in Thüringen ein, wo es wegen 9 Kopfschneidern zur Auspöhrung von Tausenden von Metallarbeitern gekommen ist, trotzdem mit den anderen Firmen eine Einigung erzielt war. Er forderte die Kollegen auf, mit in den Gewerkschaften zu arbeiten und sich zu jedem Kampf vorzubereiten. Ferner erinnerte er an die Arbeiterpresse. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten.

Hilbesheim. Wieder einen Schritt vorwärts! So dürfen wir sagen, weil es uns endlich gelungen ist, auch hier unserem Verbands Eingang zu verschaffen.

Schon viel ist von der Verwaltungsstelle Hannover aus unternommen worden, um hier eine Filiale ins Leben zu rufen, bisher jedoch immer erfolglos. Am Sonnabend, den 2. d. M., versuchten nun die Kollegen Schmidt und Dreßch von Hannover nochmals ihr Heil, aber auch ihr Bemühen scheiterte, da es trotz Hausagitation nicht gelang, genügend Kollegen für den Verband zu gewinnen. Ein Teil der Kollegen glaubt eben immer noch, bei eifrigerer Arbeitszeit und 30—35 Pf. Stundenlohn den Himmel auf Erden zu haben. Am Sonntag, den 3. d. M., nachmittags ½2 Uhr, fand eine Versammlung statt, in der Kollege Schmidt in einem längeren Vortrage die Enstehung und Wirksamkeit der Gewerkschaften vor Augen führte. Ausgehend von der Einführung der Gewerbeordnung im Jahre 1869 schilderte er den Werdegang der Gewerkschaften und deren Bedrückung durch das Sozialistengesetz, dann das Wachstum derselben und speziell unserer Gewerkschaft bis zum heutigen Tage. Getreift wurden die letzten großen Kämpfe unseres Verbandes in Görtz und Leipzig, sowie der Tarifabschluß für die Lederwarenbranche. Auch die Arbeiterbewegungen in England sowie die Auspöhrung in der Metallindustrie in Thüringen und Sachsen. Beim geschäftlichen Teil wurde von der Gründung einer Filiale vorläufig Abstand genommen, da nur 9 organisierte Kollegen am Orte sind, von denen 6 vorher erst eingetreten waren. Doch wurde beschlossen, einen Vertrauensmann, welcher auch die Beiträge zu kassieren

hat, und 2 Vertreter zu wählen, die sich nun mit der örtlichen Agitation befassen sollen. Als Vertrauensmann wurde Kollege Rieper und als Vertreter die Kollegen Schumacher und Wilhelm gewählt. Wir werden nicht nachlassen in unserer Agitation und die Mahnworte, die Kollege Dreßch-Hannover an die jüngeren Kollegen richtete, werden wir recht ausnützen. Schreiten wir immer so weiter vorwärts, so werden wir doch noch in nächster Zeit eine Filiale gründen können.

Werdau. (S. 12. 9.) In der von 44 Kollegen und 2 Kolleginnen besuchten Bezirksversammlung am 3. September im „Restaurant Konsumverein“, Grimmitzschau, wies Kollege Busch in seiner Einleitung darauf hin, wie er eine Versammlung vor 12 Jahren in Grimmitzschau einberufen hatte, in der 2 Kollegen und 3 Schlußleute erschienen waren und heute fünf Kollegen von Altenburg, Gößnitz, Wehrane, Grimmitzschau, Werdau, Langenbernsdorf, Schmölln und Zwickau vertreten. Er begrüßte diese Versammlung und freut sich, daß alle den ergangenen Auforderungen Folge geleistet haben. Insbesondere begrüßte er den Kollegen Jungbans-Schmölln, welcher als ältestes amwesendes Mitglied dem Verbands schon Jahrzehnte angehört und zwar viele Jahre als Einzelmitglied. Die jüngeren Kollegen mögen ihn nachsehen. Kollege Busch geht in seinem einleitenden, eingehenden und sehr lehrreichen Vortrage auf die Ursachen und Wirkungen der Kämpfe der Gegenwart ein. Er schließt seine Ausführungen mit einem Hoch auf den „Sattler- und Portefeullerverband“. In der darauf folgenden Diskussion wird auf den gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß hingewiesen. Unter Berufsanliegenheiten wird ein baldiges Zusammentreffen der hier vertretenen Zahlstellen gewünscht. Ein Kollege erläutert noch die Verhältnisse der Werdauer Wagnfabrik und ermahnt die Kollegen, ehe sie dort Arbeit annehmen, sich erst bei der Ortsverwaltung zu erkundigen. Hierauf fordert Kollege Busch in seinem Schlußwort die Kollegen auf, ein jeder soll ein Agitator in seiner Art und Weise sein. Da weiter nichts vorlag, wurde die sehr interessante Versammlung gegen ½7 Uhr nach Verlesen des Protokolls geschlossen. Damit sich die Kollegen noch näher kennen lernten, wurde unter Führung der Grimmitzschauer Kollegen noch ein Spaziergang nach dem schönen „Sahnpark“ unternommen. Nach fröhlich verlebten Stunden eilte dann ein jeder seiner Heimat zu mit dem Bewußtsein, wieder ein paar ernste und heitere Stunden im Kreise treuer Kollegen und Kolleginnen verlebt zu haben.

Hus aus anderen Organisationen.

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter hielt in der Zeit vom 20. bis 22. August in München seine Generalversammlung ab. In dem dazu vorliegenden Bericht wird festgesetzt, daß in den 10 Jahren seines Bestehens der Verband 5328 Mitglieder um seine Fahne geschart hat, die sich zum überaus größten Teile aus dem Schuhmachergewerbe rekrutieren. Von den 4072 Mitgliedern, die in den letzten 1½ Jahren dem Verbands neu zugeführt wurden, sind 3083 = 76 Proz. wieder verloren gegangen. Trotz dieses durchaus kläglichen Melancholes und trotzdem es feststeht, daß am 30. Juni d. J. den freien Gewerkschaften, die für die Leder verarbeitenden Berufe in Betracht kommen, 78 962 Mitglieder angehören, also fast fünfmal so viel, prahlt der Bericht von dem großen Einfluß, den dieser Mächtegen und Kannoch-nicht ausübt und daß nur der christliche Verband es ist, der es mit der ihm gestellten Aufgabe ernst meint. Es grenzt doch fast an Größenwahn, angesichts dieser Zahlen davon zu sagen, daß der christliche Lederarbeiterverband ein „kräftiger Akt“ des mächtig emporstrebenden Baumes ist. Das Verbandsorgan, welches neben seinen Schimpfereien und Verdächtigungen der freien Gewerkschaften ein wahres Indianergescheul antimmt, sobald es feststellen kann, daß es, oftmals bei Anwendung schmutzigster Mittel, gelungen sei, ein Mitglied der freien Gewerkschaften ins christliche Lager hinüberzuziehen, sucht den Anschein zu erwecken, als ob wöchentlicher ganze Heere bisher Freiorganisierter den christlichen Verdorungen folgen. Wie sehr die Christlichen das Aufschneiden hiesigen, beweist uns, daß es 289 Mitglieder waren, die aus anderen Verbänden übergetreten sind. Daran partizipieren aber nicht nur die freien Gewerkschaften, sondern Hirsch-Dundersee, Facharbeiter, Gelbe und nicht zum geringen Teile christliche Gewerkschaften anderer Berufe. Einer Einnahme von 141 975 Mk. steht eine Ausgabe von 126 126 Mk. gegenüber, wovon 70 644 Mk. auf Unterstützungen entfallen. Diese verteilen sich: Streikunterstützung 42 144 Mk., Krankenunterstützung 15 284 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 8619 Mk., Sonstige Unterstützungen 8651 Mk. Der Verband will auf dem Gebiete der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen 101 Bewegungen mit 2739 Ber-

feuern geführt haben, von denen 4 mit 61 Personen erfolglos blieben. Durch 78 Bewegungen sollen nach Angabe der Christlichen 2140 Benefiziere eine fabelhafte Arbeitszeitverlängerung von 395 000 Stunden und eine Lohnerböhung von 109 000 Mk. erreicht haben. So sehr wir den Arbeitern diesen Erfolg gönnen, so sehr beitreten wir die Wichtigkeit dieser Aufmerksamkeit und halten sie für klüneren, um den christlich Organisierten Sand in die Augen zu streuen. — Die Mlage über den Terrorismus der gegnerischen Organisationen gehört zum ständigen Mißgenuß des christlichen Verbandes und nahm einen breiten Raum auf der Tagung ein. Beschlossen wurde, das Verbandsorgan wie bisher 14tägig herauszugeben, dagegen soll der Vorstand ermächtigt sein, den Umfang zu erweitern, wahrscheinlich um die von der „Deutschen Lederarbeiterzeitung“ beliebte Schreibweise fabelweise über die freien Gewerkschaften auszuschütten. — Die Wartzeit zum Bezüge der Krankenunterstützung wurde von 7 auf 4 Tage herabgesetzt. Auch soll eine Militärunterstützung eingeführt werden, die 6—12 Mk., je nach der Beitragsklasse und Mitgliedschaftsdauer, beträgt und in drei Raten zahlbar ist. Die Vereinbarungen mit dem christlichen Holzarbeiterverband bezüglich Organisierung der Sattler haben zu Anzuträglichkeiten geführt und sollen aufgehoben werden. So sehr groß werden diese „Anzuträglichkeiten“ geniz nicht sein, denn die Sattler wissen, daß ihr Platz nur im freien Sattler- und Portefeullerverband ist.

Im Verband der in der Leder- und Lederhand-schuhindustrie beschäftigten Arbeiter macht sich eine lebhafteste Bewegung für den Wiederaustritt der vor 2 Jahren übergetretenen Handschuhmacher geltend. Schon auf dem diesjährigen Verbandsstag traten derartige Bestrebungen hervor, ausgehend von Handschuhmachern aus Johanngeorgenstadt. Indes blieben letztere damals noch allein. Jetzt ist ein Teil der Handschuhmacher anscheinend mit den Beschlüssen des Verbandsstages über Schafsts- und Anstellungsfragen unzufrieden, vor allem aber mit der kürzlich erfolgten Auspöhrung einer Extrasteuer, die sie zum Anlaß der Kostrennungspropaganda nahmen. In Burg wurde sogar eine besondere Propagandakommission eingesetzt, die indes vernünftigerweise sich wieder auflöste, nachdem sie den Mitgliedern die Wahrung der Einheit der Organisation einbringlich empfohlen hatte. In Eßlingen und Johanngeorgenstadt beschlossen Sektionsversammlungen der Handschuhmacher die Kostrennung, in Eßniewitz wurde beschloffen, die Frage im Auge zu behalten, in Halberstadt wurde die Zerspitterung abgelehnt. Wir können den Handschuhmachern ebenfalls nur dringend nahelegen, die gemeinsame Organisation nicht zu schwächen, am wenigsten in einem Augenblicke, da sie an die Solidarität aller Verbandszugehörigen appellieren muß. Es ist der häßlichste Fleck in dieser ganzen Angelegenheit, daß die Erhebung der für die Christlichen des Verbandes notwendigen Extrabeiträge zum Vorwand der Separationsbestrebungen genommen werden konnte. Wer dies fertig bringen kann, der beweist damit, daß er noch nicht einmal die elementarsten Grundsätze der gewerkschaftlichen Organisation begriffen hat. Einer solchen Handlungsweise hätte man sich von einer so altgeschulten Gruppe, wie es die Handschuhmacher sind, zualler- erst verheben dürfen.

Die Ausbreitung des Tabakarbeiterverbandes hat noch im Jahre 1910 schwer unter den Wirkungen des im Jahre 1909 vom Reichstages beschlossenen und in Kraft getretenen Tabaksteuer-erlasses gelitten. Eine ungewöhnlich starke Arbeitslosigkeit herrschte unter den Tabakarbeitern, besonders in Nordwestdeutschland, Westfalen, Hamburg und Bremen. Mühen doch noch im ersten Halbjahr 1910 aus Reichsmitteln 3 810 926 Mk. Unterstützung an arbeitslose Tabakarbeiter gezahlt werden. In der Zigarrenindustrie war ein Rückgang in der Herstellung der Fabrikate von 11,6 Proz., in der Rauchtobakindustrie 6,4 Proz. und 6,5 Proz. in der Kantobakindustrie zu verzeichnen; die Zigarettenbranche erholte sich bald. Für Unterstützung an Arbeitslose wurden im Berichtsjahre rund 82 000 Mk. verausgabt. Seit zehn Jahren ist die Ausgabe für diese Unterstützung, einschließlich der Umzugs- und Notstandsunterstützung, jährlich von 29 000 Mk. auf 97 473 Mk. gestiegen.

Trotz all dieser unglücklichen Momente nahm der Verband noch um 1800 weibliche und 121 männliche Mitglieder zu; er zählte insgesamt 34 046 Mitglieder, darunter 16 389 weibliche. Der Verband führte 165 Anzuträglichkeiten ohne Streik und 22 mit Streik, 18 Abwehrbewegungen ohne Streik und 25 mit Streik und 2 Auspöhrungen. In 218 erfolg-reichen Bewegungen, die sich auf 434 Betriebe erstreckten, wurden für 9058 Beschäftigte Lohnerbö-hungen bis zu 2,50 Mk. pro Woche, zusammen 10 921 Mk. erreicht; abgewehrt konnte für 900 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Lohnreduktion von insgesamt

1001 Mk. pro Woche werden, außerdem wurde für 1504 Personen die Arbeitszeit um 5229 Stunden verkürzt. Tarifverträge bestanden 207 für 639 Betriebe und 3278 Beschäftigte. Der Massenbeitrag des Verbandes betrug 425.570 Mk., wozu noch 50.559 Mk. der Vorkassafonds kommen. Im Zentralverband der Sattlerkassierer beginnt am 23. September die Verhandlung über die Annullierung an den Deutschen Arbeiterverband. Der Verbandstag der Porzellanarbeiter beauftragte den Vorstand, bis spätestens Ende nächsten Jahres mit den Vorständen des Glasarbeiter- und Töpferverbandes ein Normallimit anzuarbeiten. Durch Abstimmung soll dann entschieden werden, ob die Mitglieder mit der Verhinderung einverstanden sind. Nach den bis jetzt getätigten Vorarbeiten und der Zustimmung unter den Mitgliedern ist mit einer Vereinbarung sicher zu rechnen. Eine Verschmelzung abgelehnt hat der 12. Verbandstag der Bildhauer (Dresden 21. bis 23. August) wegen der Gefahr, daß ein geschlossener Arbeiterzweig zum Holzarbeiter oder Franzosenverband doch nicht erfolgen wird. Die außerordentliche Generalversammlung der Zigarrenarbeiter in Dresden hat, wie vorausgesehen war, der Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband zugestimmt. Der Verband der Tapezierer zählte am Schluß des 2. Quartals 1921 Mitglieder in 141 Ateliers. Eine wachsende Zunahme hat der Transportarbeiterverband zu verzeichnen. Seine Mitgliederzahl stieg im letzten Halbjahr von 124.891 auf 157.430.

Die streikenden Gesellschafter in Leipzig haben die ungenügenden Zugeständnisse der Unternehmer zurückgewiesen und beschloffen, den Kampf weiter fortzusetzen. Schuld daran ist das unangenehme Verhalten der Unternehmer, die in einer Sitzung den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen, in der nächsten Sitzung aber wieder die Zugeständnisse zurückzogen. Am 11. d. M. fand eine Sitzung des Metallindustriellenverbandes statt, welche beschloß, die Verhandlungen mit der Schlichtungskommission abzubrechen und seine Zugeständnisse den Arbeitern zu machen. Auch in der Thüringer Metallindustrie stellt die Situation auf dem alten Platz. Verhandlungen werden von seiner Seite angeregt. Der Streik der Expeditionen in Nürnberg ist mit vollem Erfolg für alle Streikenden beendet. Durch Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Arbeitgeber- und Metallarbeiterverband wurde der langwierige Streik der Spengler und Anstaltler in Frankfurt a. M. und in Offenbach a. M. beigelegt.

Soziales.

Die deutschen Sparkassen im Jahre 1908 und im Jahre 1909. Das statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich bringt regelmäßig eine Uebersicht über die deutschen Sparkassen. Der letzte Jahrgang 1911 bringt ausnahmsweise die Uebersicht über zwei Jahrgänge; damit ist der Hauptmangel dieser Statistik, daß ihre Ergebnisse etwas zu weit zurückliegen, behoben. In folgendem wollen wir die wichtigsten Gesamtdaten wiedergeben. Am Schluß des Jahres 1908 bestanden im Deutschen Reich 2774 öffentliche und 232 nichtöffentliche Sparkassen mit 6743 bezw. 312 Ateliers; bei den öffentlichen Sparkassen waren 18 1/2 Millionen Konten einrichtet, bei den anderen 1,6 Millionen. Die Gesamtaufhaben der Einleger beliefen sich bei den öffentlichen Sparkassen auf 13,34 Milliarden Mark, bei den nichtöffentlichen auf etwas über 1 Milliarde, so daß sich insgesamt ein Gesamtaufhaben von rund 14 1/2 Milliarden ergibt. Die Guthaben im Jahre 1908 haben sich bei den öffentlichen Sparkassen durch Einzahlung um 3,2 Milliarden Mark, durch Zinszuschlag um 404 Millionen Mark vermehrt. Bei den nichtöffentlichen Sparkassen belief sich die Zahl auf 317 bezw. 37,7 Millionen Mark. Abgehoben wurden 3 Milliarden Mark bezw. 325,5 Millionen Mark.

Am Jahre 1909 bestanden 2811 öffentliche und 228 nichtöffentliche Kassen. Die Zahl der Ateliers war bei den öffentlichen Kassen auf 6868 gestiegen, bei den nichtöffentlichen, trotz der Verminderung der Zahl der Kassen, auf 320. Die Zahl der Konten betrug 18,38 Millionen und 1,6 Millionen. Das Gesamtaufhaben der Einleger betrug am Schluß des Jahres bei den öffentlichen Kassen 14,4 Milliarden Mark, bei den nichtöffentlichen 1,2 Milliarden Mark, so daß sich ein Gesamtaufhaben von 15,6 Milliarden Mark ergibt. Die Guthaben haben durch neue Einlagen sich bei den öffentlichen Sparkassen um 3,8 Milliarden Mark vermehrt, denen 3,2 Milliarden Mark Rückzahlungen gegenüberstanden. Durch Zinszuschlag haben die Guthaben um 433 Millionen Mark zugenommen. Bei den nichtöffentlichen Kassen wurden eineinhalb 352 Millionen Mark, abgehoben 323 Millionen Mark und 40 Millionen Mark Zinsen zugesprochen.

Wenn auch ein erheblicher Teil der Gelder aus Kreisen kommt, die man nicht unter die Interessentenkreise der Konsumvereine rechnen kann, so zeigen diese Zahlen doch, welche ungeheure Macht eine Vereinigung der Sparglieder der kleinen Leute geben würde und wie weit jedes Feld die Konsumvereine für eine Organisation der Sparfähigkeit noch haben, wurden doch 1908 allein von den deutschen Sparkassen rund 40 Millionen Mark für kommunale und andere Zwecke überwiesen. Was könnte mit diesen Mitteln geschaffen werden, wenn die kleinen Sparrer auch hier ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen wollten!

Rundschau.

Der Lebensmittelsteuerung zu Steuern bezweckt ein Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten im Leipziger Stadtparlament, welcher einem Ausschuss überwiesen wurde und besagt, der Rat möchte

- 1. bei der Landes- und Reichsregierung unverzüglich Schritte dahin unternehmen, daß die Nahrungsmittelzölle aufgehoben, die Grenzsperr für die Einfuhr von Vieh und Fleisch beseitigt und das System der Getreideeinfuhrzölle abgeändert werde;
- 2. beim Vorstand des Deutschen Städtebundes beantragen, daß die Bekämpfung der Lebensmittelsteuerung zum Gegenstand der Verhandlung auf dem diesjährigen Deutschen Städtebunde gemacht werde, und
- 3. daß kommunale Einrichtungen getroffen werden, durch die der Bevölkerung möglichst billige Lebensmittel vermittelt werden.

Den gleichen Zweck verfolgende Anträge haben noch die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in München, Darmstadt und anderen Orten gestellt.

Als letztes Mittel zur Behebung der großen Dürre wurde am 10. d. M. in Köln a. Rh. mit Genehmigung der erzbischöflichen Generalvikars die Melique des heiligen Severin zur Verehrung ausgelegt. In den Zeitungen erschien der Dechant und der Pfarrer der Gemeinde die Bekanntmachung, daß in früheren Zeiten auf diese Weise in ähnlichen Nöten erweisenmäßige Hilfe gebracht wurde. So geschah im Jahre des Heils 1911.

„Wozu haben wir uns überhaupt in die ganze Marokkagehichte eingelassen; wäre es nicht besser gewesen, wir hätten einfach Frankreich freies Spiel gelassen?“ Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften wirft in Nr. 18 vom 4. September diese Frage auf, um sie in einer Weise zu beantworten, wie sie ein von Kapitalisten ausgehaltenes Blatt nicht anders beantworten würde:

„Das konnten wir nicht; wir müssen unseren Platz an der Sonne behaupten aus wirtschaftlichen Gründen. Die ganze Marokkagelegenheit hat eine sehr stark ins Wirtschaftliche gehende Seite. Es war durchaus kein Nebenamt, als Deutschland den „Kantner“ nach Agadir sandte. Schuld daran war die wirtschaftliche Interessiertheit (?) Deutschlands an Marokko, wie überhaupt das ganze Kolonialinteresse Deutschlands.“

Was Marokko selbst anlangt, so ist durch die neuesten Untersuchungen unbestreitbar festgestellt worden, daß es eines der fruchtbarsten Länder Nordwestafrikas ist. Gesehnet mit einem gesunden Klima ist es nicht nur für die Pflanzenkultur von höchster Wichtigkeit, sondern bietet besonders für die Europäer gute Erfindungsmöglichkeiten. Während der Aufschwung unserer jetzigen Kolonien in sehr hartem Maße durch die den dauernden Aufenthalt der Weizen schädlichen klimatischen Verhältnisse gehemmt wird, fällt dieses Grundübel bei Marokko weg. Zu beiden Vorgesungen — Fruchtbarkeit und gutes Klima — kommt bei Marokko noch hinzu, daß es sehr erzieht ist. Deutsche Firmen haben dort Minenrechte erworben und sind daran, weitere Rechte zu erwerben. Wir müssen aber erst noch kräftigeren Einfluß gewinnen, ehe die deutschen Privatunternehmungen in Marokko blühen können.

Deutschland kann unmöglich zusehen, wenn fremde Mächte ein großes Land mit einer aller Erwartung nach bedeutsamen wirtschaftlichen Zukunft im Gegensatz zu bestehenden Verträgen wegnehmen wollen. Deutschland hat bei weitem den größten Volkswachstum unter den westeuropäischen Mächten. Mit seinen 65 1/2 Millionen Einwohnern stellt es ein mächtiges Land dar, aber auch ein Land, das über kurz oder lang dazu gezwungen ist, wieder einen Teil seiner Volksgenossen — und durchaus nicht die schlechtesten — ans Ausland abzugeben. Gaben wir geeignete entwicklungsfähige Kolonien, dann können wir diese großen Summen nationaler Menschenswerte für das Deutschtum erhalten, indem wir den Auswanderungsstrom dahin lenken. Dann werden diese Fortwanderer keine Konkurrenz für die deutsche Volkswirtschaft darstellen, sondern vielmehr eine Stärkung unserer nationalen Wirtschaftskraft.

Nun könnte man allerdings meinen, Deutschland könne auf Kolonien verzichten, da die bisherige Industrieentwicklung gezeigt habe, daß wir wohl umstände sind, den ganzen Volkswachstum im Inlande

anzuhäufen und zu ernähren. Das ist gewiß kein zu verachtendes Argument. Jedoch ist diese Erwiderung erst wenig über ein Jahrzehnt alt. Dann aber ist nicht einzusehen, warum bei der Volksdichtigkeit nicht bereits ein gewisser Sättigungspunkt erreicht werden soll. Wollen wir aber unseren Volkswachstum selbst ernähren, dann muß unser äußeres Absatzgebiet gewaltig erweitert werden. Auch werden wir dann von Jahr zu Jahr mit unseren Nachbarn mehr angewiesen auf das Ausland. Je größer unsere Bevölkerung ist, desto stärker unsere Abhängigkeit vom Ausland in wirtschaftlicher Hinsicht infolge der zunehmenden Bedeutung des Außenhandels und infolge des Angebotspreises auf immer größere Mengen ausländischer Rohstoffe. Sollen wir einen großen Teil an guten Kolonien, dann wäre das nicht der Fall; dann würden wir nicht so abhängig von der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftspolitik anderer Länder.

Audem bieten die Kolonien gewisse Stützpunkte für den Außenhandel, für die ganze Seeschifffahrt sowie auch für die Marine.

All diese Gründe: Auswanderungsmöglichkeit, Erweiterung des Außenhandels, größere Selbständigkeit hinsichtlich der Versorgung mit Rohstoffen, Anlage von Stützpunkten für Handel und Flotte, machen es notwendig, daß Deutschland auch Kolonialpolitik treibt. Und da es auf diesem Gebiet um ein paar Jahrhunderte hinter anderen Staaten zurück ist, so muß es suchen, jetzt auch soviel Kolonialbesitz als möglich zu erwerben. Mit Rücksicht auf die große Frage seiner Bevölkerungsvermehrung kann Deutschland deshalb nicht ruhig den Zuschauer spielen, wenn gegenwärtig Frankreich daran ist, Marokko zu einer französischen Kolonie zu machen. Zum mindesten muß Deutschland verlangen, daß die volle wirtschaftliche Bewegungsfreiheit in Marokko ihm garantiert wird und daß es anderweitig durch Kompensationen entschädigt wird. In dieser Linie dürfte sich vielleicht die Lösung des Konfliktes finden lassen.“

Das ist die Art, wie ein vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften herausgegebenes Blatt Arbeiterintellektuelle zu vertreten meint. Da ist es doch auch, daran zu erinnern, was jüngst ein früherer Oberleutnant und Schutztruppenoffizier namens Löwe, jetzt Kaufmann, in Firma Cornelius Scherer, auf Grund seiner Erfahrungen in der „Zukunft“ schreibt, um nachdrücklich vor jeder Bestimmung in Marokko zu warnen:

„Nach meiner Ueberzeugung kann die deutsche Politik in Marokko nichts anderes suchen, als ein Mittel zur Verständigung mit Frankreich. Die von Ihnen vertretene Ansicht, die Gelegenheit zu einem Bündnisvertrag auszunutzen, muß daher als richtig mit Freude begrüßt werden. Ein Stützpunkt an der marokkanischen Westküste: Das ist sicher zwar ein strategischer richtiger Gedanke, aber praktisch unumsetzbar. Wenigstens müßten Engländer und Franzosen mit Windmüt ge schlagen sein, wenn sie uns einen solchen Platz erwerben ließen, ohne die Kosten dafür durch große Eingeborenenaufstände in absehbarer Zeit ins Unbezahlbare zu steigern. Weder England noch Frankreich hätten Grund, sich persönlich gegen die Sache einzusetzen. Dazu genügen vollkommen geschickte Agenten im Lande selbst. Jeder Quadratkilometer marokkanischen Festbesitz würde gerade uns Millionen kosten, sogar bei völlig blauem europäischem Konzertthimmel. Selbst die allerreichsten Minenschätze könnten also niemals einbringen, was ihre Erwerbung uns gekostet hätte. Wenn man durchaus neuen Boden für deutsches Blut und Geld braucht, so liegt die Rineburger Heide mit ihren sehr großen Entwicklungsmöglichkeiten uns ja wesentlich näher und bequemer; ist dabei erheblich billiger. Dagegen liegt es durchaus im Interesse Deutschlands, Marokko soviel wie möglich unter französischem Einfluß zu bringen, der in kurzer Zeit das französisch-englische Bündnis illusorisch machen muß und uns immer wieder Gelegenheit gibt, Frankreich in Marokko selbst so lästige lokale Schwierigkeiten zu bereiten, daß man trotz sein wird, wenn wir unsere Genehrt und Kanonen nicht auf Paris richten. Die jetzt so oft gehörte Ankündigung des schwarzen oder berberisch-maurischen Armeekorps ist geradezu lächerlich. Frankreich wird, bei halbwegs geschickter Faltung Deutschlands, aus Nordwestafrika nicht nur keinen Mann gegen uns mobil machen können, sondern im Gegenteil noch in jedem Jahre 20.000 Mann Elitegruppen aus der Heimat nach Marokko senden müssen, um dort Ruhe zu schaffen. Die Kosten solcher Expeditionen sind leicht zu berechnen. Ich will mich andeßlich machen, mit einigen Millionen Mark in Marokko solche Muthen zu stiften, daß den Leuten Hören und Sehen vergeht. Je mehr sich Frankreich dort festsetzt, um so besser für uns.“

Die Erklärung der Unternehmerorganisationen. In der am 5. dieses Monats in Dresden abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Industrie- und Gewerkschaftsverbandes, Sitz Dresden, erhaltete Direktor Grüner-Deuben den Geschäftsbericht, dem zu

entnehmen ist, daß der Mitgliederbestand des Verbandes seit Jahresanfang um etwa 600 Firmen auf jetzt 2822 gestiegen ist und gegenwärtig bei einer Arbeiterzahl von 212 000 über eine Kohlenmenge von 211 Millionen Mark verfügt. Im Laufe dieses Jahres sind von Verbandsmitgliedern 91 Streiks und 40 Aussperrungen zur Anmeldung gebracht, während in 122 weiteren Fällen eine Arbeitseinstellung verhindert werden konnte. Der Verband deutscher Lederwaren-Industriellen, einschließlich der Berliner Ortsgruppe, hat ebenfalls seinen Beitritt zum Deutschen Industrie-Verband, auf ihrer letzten Generalversammlung in Dresden, beschlossen. Die Nürnberger Lederwarenfabrikanten, die bisher dem Arbeitgeberverband der Papier-, Kartonagen- und Portefeullerindustrie für Mittelfranken angehörten, sind nunmehr der Vereinigung der Lederwarenindustriellen beigetreten.

Die christlichen Gewerkschaften sind Zentrumsvereine! Trotzdem diese offensündige Tatsache von den Christlichen immer wieder bestritten wird, sind wir in der Lage, sie auf neue mit einem Beweise zu belegen. Tagte da am 4. September d. J. in Gaißstadt (Kreis Offenbach) eine Bezirksversammlung der katholischen Männervereine, welche zur kommenden Landtagswahl Stellung nahm und den Bürgermeister Singer-Seligensstadt als Zentrumskandidaten aufstellte. Laut Bericht der „Offenbacher Zeitung“ hat ein Herr Ulrich-Gaißstadt namens der christlichen Gewerkschaften betont, daß es Pflicht jedes christlichen Arbeiters sei, Bürgermeister Singer zum Siege zu verhelfen. — Namens, heißt soviel wie im Auftrage, der christlichen Gewerkschaften hat Herr Ulrich seine Ausführungen gemacht; trotzdem werden, davon sind wir überzeugt, unsere schwarzen Freunde noch weiterhin von der parteipolitischen Neutralität ihrer Gewerkschaften fesseln. Wie sagte doch Dr. Siegel?

Bädermeister als Koalitionsrechtsträuer. Vor kurzer Zeit tagte in Stuttgart der 16. Verbandstag des Bädermeister-Zuningsverbandes „Germania“. Die Ritter vom Vortrog glaubten nichts Besseres tun zu können, als wenn sie an den Bundesrat und Reichstag ein dringendes Gesuch richteten, nach welchem den Gehilfen jedes durch Gesetz garantierte Recht des Koalitionsrechts genommen werden soll. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Der in Stuttgart tagende 16. Zentralverbandstag Deutscher Bäderinnungen „Germania“ stellt mit Bedauern fest, daß die unbeschränkte Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu Auswüchsen geführt hat, welche sowohl für die Arbeitgeber als auch für die nicht sozialdemokratisch organisierten Arbeiter unerschwinglich geworden sind. Die Bedrohungen und Mißhandlungen Arbeitswilliger sowie die Verursachung von Boykottierung der Gewerbetreibenden bilden eine Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft und erfordern dringend eine Verhinderung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Verbandstag stellt weiter fest, daß der Mißbrauch der Koalitionsfreiheit speziell im deutschen Bädergewerbe zu einer schweren Schädigung des gesamten Berufes geführt hat und die Selbsthilfe der Meister nicht ausreicht, dem groben Unfug der öffentlichen Boykottierung mißliebiger Bädermeister entgegenzutreten.“

Der Zentralverband Deutscher Bäderinnungen „Germania“ richtet deshalb an Reichstag und Bundesrat das dringende Ersuchen, bei dem Ersatz eines neuen Strafgesetzbuches dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß:

1. das Streikpostensystem, das nicht mehr ein zur Ausübung des Koalitionsrechtes notwendiges Mittel darstellt, sondern das infolge der damit verbundenen Ausdehnungen zu einer ständigen schweren Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechtes von Arbeitern und Arbeitgebern geführt hat, verboten wird;
2. die mißbräuchliche Anwendung des Boykotts, der in den heutigen Arbeitskämpfen von den gewerkschaftlichen Organisationen oft aus den wichtigsten Vorwänden und immer in der Absicht, den Gegner wirtschaftlich völlig zu ruinieren, verhängt wird, unmöglich gemacht wird.“

Durch die Annahme der Resolution haben sich die Bädermeister mit den reaktionärsten Scharfmachern auf gleiche Stufe gestellt. Sie wollen mit dem sozial rückständigsten Elemente uns das heiligste Gut, das Koalitionsrecht, rauben; sie wollen, daß Streiks und Boykotts verboten und die Führer der Gehilfenorganisation in die Gefängnisse geworfen werden; sie wollen uneingeschränkte Freiheit in der Ausbeutung zur völligen Entrechtung und Anechtung der Gehilfenschaft. Die Unternehmer bewiesen auf ihrem Verbandstag, daß sie die Gehilfen schrankenlos ausbeuten wollen.

Der Zentralverband der Bäder wird durch eine intensive Agitation die Machtgelüste der Herren vom Teig zerschlagen.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Zur Beachtung für Militärepflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiermit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Bücher werden durch die Ortskassierer nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Restbeiträge eingezogen und an die Hauptverwaltung eingeschickt.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldungen nicht nachkommen, gehen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruben die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Der Vorstand.

Bekanntmachung

der Tarifüberwachungskommission für das Berliner Portefeuller- und Reiseartikelgewerbe.

Um die Kollegenheit vor Nachteile zu schützen, geben wir hiermit bekannt, daß die Heimarbeit auf Einbügeln der Samt- und Stofftaschen streng verboten ist.

Der Obmann. J. A.: H. Weinschild.

Bücherchau.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von T. A. Conrad.

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Jede Woche erscheint ein reich illustriertes Heft zum Preise von 20 Pf. Mit dem Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Sortimente entgegen. Dieselben liefern auch gern kostenlos Prospekte und Probenummern.

Verfallungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Verfallungskalender, die bis zum Redaktionsschluß 1 e und enthalten.)

- Kiel. Dienstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Kährstr. 24.
- Reilbrunn. Samstag, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Marktplatz 6.
- Offen (Ruhr). Samstag, den 23. September, abends 9 Uhr, Restaurant Schmiring, Rheinische Str. Halle. Sonabend, den 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Volkspark.
- Solingen. Sonntag, den 24. September, vor mittags 9 1/2 Uhr.
- Dresden. Dienstag, den 3. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, im großen Saal des Volkshauses.
- Verbau. Sonnabend, den 30. September, abends 7 1/2 Uhr, Monatsversammlung, Vereinslokal „Hofenbräue“, Albertstraße.



Anzeigen

Offenbach a. M. Offenbach a. M.

Montag, den 18. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Aufstr. 9:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Bericht vom Gewerkschaftskongress.
3. Wahl der Beisitzer zum Tarifamt.
4. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Sichere Existenz.

Zu bedeutender südd. Fremdenstadt ist ein gutgehendes, feines

Lederwarengeschäft

mit alter treuer Kundenschaft anderer Unternehmungen wegen zu verkaufen. Rentabilität nachweisbar. Zur Uebernahme erforderlich 15 000 Mark. Gest. Offerten unter F. J. S. 279 an Rudolf Woffe, Frankfurt a. M., erbeten.

Werfführer,

welcher mit der Mustertofferbranche durchaus vertraut ist, ferner in der Herstellung von Reifeartikeln und Reifeetaschen bewandert ist, gesucht. Offerten mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen unter G. J. an die Expedition dieses Blattes.

Eine Leder- und Lederwarenfabrik im Regierungsbezirk Cassel sucht für ihre Abteilung Lederwaren einen

tüchtigen Sattler,

der im Zuschneiden und Richten von Samaschen gut eingearbeitet ist. Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert. Gest. Offerten unter F. B. O. 201 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Portefeuller- und Sattlerwerkzeugen

Spezialität: Jangen zu jedem Artikel und Gebrauch, Gliederbrüd- und Corsetierzangen aus einem Stück, fein Abgeben der Baden mehr, in empfehlende Erinnerung. Zu jeder Tageszeit wird geschliffen. Preisverzeichnis franco zu Diensten.

Georg Ditter, Werkzeugfabrikation Offenbach am Main, Gr. Marktstr. 42.

Wer Bedarf hat  **Gebrüder Bell**

in wirklich gut schneidenden Solinger Stahlwaren bestelle sofort in eigenem Interesse unseren Hauptkatalog über tausende Artikel aller Art, welchen wir gratis und franko versenden.

Gebr. Bell, Gräfrath 435 bei Solingen, Fabrik-Vorsandhaus.

Werkzeuge, Beschläge, Nieten u. Stifte.
Spezialität von C. Neubauer, Offenbach a. M.
Lieferung sofort ab Lager.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kontursmassen, Bombardgeschäften usw. auffülle. Ferner liefere ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.,
Ein Versuch führt zu dauernder Kundschaft. — 600 sende franco. — Nichtbenutztes nehme unentgeltlich zurück. — Versand nicht unter 100 Stk. — Zg. Woffe, Verbandshaus, Gaißstadt, Neue Gaißstadtstr. 16. Fern Anben. nur 1 Kreuzer — Gegründet 1898.

